sehr nützlich sein, der Arbeiterschaft zu zeigen, daß der erfolgreiche sozialdemokratische Reichsarbeitsminister Wissell nicht nur nicht allein den Beschluß des Reichstages auf Verlängerung der Unterstützungsdauer einschränkte, sondern daß er bis jetzt an die Durchführung der weiteren Beschlüsse des Reichstages nicht gedacht hat, trotzdem dieselben an Magerkeit ebenfalls nichts zu wünschen übriglassen.

Nach wie vor bleibt die Krisenfürsorge nur für einige Berufsgruppen bestehen. So sind die Fabrikarbeiter (Arbeiter wechselnder Art) immer noch nicht von der Krisenfürsorge erfaßt. Auch nicht die wenigen Sparten der Fabrikarbeiter, deren Einbeziehung durch den Reichstag beschlossen wurde, hat Herr Wissell in die Krisenfürsorge eingegliedert.

Des weiteren beschloß der Reichstag, daß die Bedürftigkeitsprüfung in der Krisenfürsorge neu zu regeln sei, insbesondere sei eine Erhöhung der in der Verordnung vom 28. September 1927 vorgesehenen Bedarfssätze vorzunehmen.

Gerade die Anwendung der Bedürftigkeitsprüfung in der Krisenfürsorge hat zu den unglaublichsten Härten geführt, die selbst von den Sozialdemokraten nicht verschwiegen werden können. Um so schlimmer ist es jetzt, **daß der sozialdemokratische Arbeitsminister bedenkenlos der Verwendung von Millionen über Millionen für den Panzerkreuzerbau zustimmt und anderseits die an und für sich schon geringfügigen Beschlüsse des Reichstages vollständig ignoriert.**

An Hand dieser Tatsachen wird jeder Arbeiter erkennen, welches Spiel die Sozialdemokraten mit den Interessen der Arbeiterschaft treiben, um ihre Verbrechen an der Arbeiterschaft zu verschleiern.

Zur weiteren Illustrierung der sozialdemokratischen Betrugsmanöver dürfte ein Rückblick auf den Werdegang des Reichstagsbeschlusses zur Krisenfürsorge dienlich sein.

Die kommunistische Reichstagsfraktion ließ ihren Anträgen zur Krisenfürsorge vom Jahre 1927, die der Ablehnung verfallen waren, anläßlich der Etatberatungen in diesem Jahre, neue Anträge folgen, in denen Krisenunterstützung für alle ausgesteuerten Erwerbslosen für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit, und zwar in Höhe der Unterstützungssätze der Arbeitslosenunterstützung verlangt wurde.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die für den 20. Mai möglichst fetten Wahlspeck benötigte, forderte zu dieser Zeit in einem Antrag vom 10. Februar 1928, in einer Interpellation vom 2. März 1928 und in einer Entschließung vom 17. März 1928 sachlich dasselbe, was die Kommunisten in ihren Anträgen forderten. In der Entschließung Müller-Franken (der jetzige Reichskanzler) und Genossen heißt es:

„Der Reichstag wolle beschließen, das Reichsarbeitsministerium zu ersuchen, die Krisenfürsorge so zu gestalten, daß die Arbeitslosen, die die Anwartschaft auf Arbeitslosenunterstützung noch nicht erfüllt haben, und die, deren Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung erschöpft ist, für die gesamte Dauer der Arbeitslosenzeit Unterstützung nach den Sätzen der Arbeitslosenunterstützung erhalten."

Nach dem Zusammentritt des neuen Reichstages nahmen die Kommunisten den sachlichen Inhalt ihrer früheren Anträge, und damit auch die Forderungen der vorstehenden sozialdemokratischen Entschließungen in folgendem Antrage auf:

„Der Reichstag wolle beschließen, der Reichsarbeitsminister wird beauftragt, an Stelle der geltenden Verordnung über Krisenfürsorge eine ab 1. Juli 1928 geltende Verordnung über Krisenfürsorge nach folgenden Gesichtspunkten zu erlassen:

1. Arbeitslose, die die Anwartschaft auf Arbeitslosenunterstützung nicht erfüllt haben oder deren Anspruch auf Unterstützung erschöpft ist, erhalten Krisenunterstützung für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit.

2. Alle Arbeitslosen, die infolge der gegenwärtigen Bestimmungen keine Arbeitslosen- oder Krisenunterstützung erhalten, werden in die Krisenunterstützung aufgenommen.

3. Die Höhe der Unterstützungssätze der Krisenunterstützung ist dieselbe wie die Arbeitslosenunterstützung."

Bei der Beratung des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages und später im Plenum wurde dieser Antrag von den Sozialdemokraten in geschlossener Einheitsfront bis zu den Deutschnationalen niedergestimmt. Die Sozialdemokraten stimmten somit im Interesse der Koalitionspolitik gegen ihre eigenen Forderungen, über die der Vorwärts noch am 13. Juni wie folgt schrieb:

„Nach der Reichsverfassung soll für den notwendigen Unterhalt des Arbeitslosen gesorgt werden, soweit ihm angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann. Der Anspruch auf Unterstützung muß also von ganzer Dauer der Arbeitslosigkeit anerkannt werden, er findet sein natürliches Ende durch den Nachweis angemessener Arbeitsgelegenheit."

Nachdem jedoch Herr Wissell Arbeitsminister geworden war, und dies geschah wenige Tage später, einigten sich die Sozialdemokraten mit den bürgerlichen Parteien, und es kam zu jenen ungenügenden Beschlüssen, die wir vorstehend bereits gekennzeichnet haben. Aber, wie ebenfalls bereits bemerkt, ist bis heute durch Wissell nur ein Bruchteil dieser Beschlüsse durchgeführt, trotzdem der „linke" Sozialdemokrat Aufhäuser Herrn Wissell schon im voraus in folgenden Worten seinen Dank aussprach:

„Ich spreche hier, und verantworte es draußen vor den Arbeitern und Angestellten, dem Herrn Reichsarbeitsminister Wissell den Dank dafür aus, daß er die Entschlossenheit aufgebracht hat, gerade in der Krisenfürsorge, gerade in der Arbeitslosenfrage einen sichtbaren Kurswechsel in Erscheinung treten zu lassen."

Nun, der Kurs des Herrn Reichsarbeitsministers Wissell ist der gesamten Arbeiterschaft allerdings deutlich genug sichtbar, wenn man den Schmus übersieht, der die Tätigkeit Wissells begleitet. An vorstehenden Tatsachen sieht die Arbeiterschaft, daß der Kurs der sozialdemokratischen Regierungsmänner der Kurs des Bürgerblocks ist, und Herr Aufhäuser, der diesen Kurs vor den Arbeitern und Angestellten verantworten will, mag dies immerhin tun, die Arbeiterschaft wird ihm die richtige Antwort geben.

## Die Deutsche Friedensgesellschaft bereit zum Volksentscheid

**Dortmund**, 27. August. (Eigene Drahtmeldung.)

Am Sonnabend tagte in Schwerte ein außerordentlicher Verbandstag des Westdeutschen Landesverbandes der Deutschen Friedensgesellschaft, der von über 200 Delegierten besucht war. Nach eingehendem Referat über die Panzerkreuzerfrage wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, die die sofortige Einberufung des Reichstags verlangt, um den Kabinettsbeschluß rückgängig zu machen. Sollte dies nicht gelingen, **dann müßte das Volk selbst entscheiden.**

## Der Volksentscheid in Goßmannsdorf

**der am gestrigen Tage stattfand, brachte 770 Wähler vor die Urne. Davon stimmten 662 mit Ja, 86 mit Nein, ungültig waren 22 Stimmen. Zur Auflösung wären 773 Stimmen gebraucht worden. Die Auflösung des Gemeindeverordnetenkollegiums ist damit abgelehnt worden.**

**Auf die grundsätzliche Bedeutung kommen wir in einer der nächsten Nummern zurück.**

# Neuer Raubzug der Dawesbahn

## Nach dem Panzerkreuzer die Tariferhöhung — Eine neue Teuerungswelle

TU. **Berlin**, 25. August.

**Wie der gewerkschaftliche Pressedienst zuverlässig erfährt, hat das von der deutschen Reichsbahngesellschaft und dem Reichsverkehrsministerium angerufene Reichsbahngericht sich der Notwendigkeit der Erhöhung der Eisenbahntarife mit einer gewissen Begrenzung nach oben nicht verschließen können. Die Reichsbahn erwartet die Uebermittlung des Urteils in den nächsten Tagen.**

•

Als das Müller-Kabinett zustande gekommen war, ließ es erklären, daß es die von der Dawesbahndirektion geforderte Tariferhöhung nie bewilligen werde. Dann aber verstärkte die Dawesbahn ihre Forderung auf Bewilligung der Tariferhöhung. Allerdings so schnell konnte das Kabinett Müller diesen neuen Raubzug auf die Taschen der Werktätigen nicht bewilligen. Hier stand Hermann Müller und Hilferding ein Ausweg offen, der ihnen beim Panzerkreuzerbeschluß nicht gegeben war. Bei der militaristischen Aufrüstung des neudeutschen Imperialismus konnten sie nicht kneifen. Sie mußten Farbe bekennen.

Bei der Forderung der Dawesbahn jedoch hatte das Müller-Kabinett die Möglichkeit, ihre grundsätzliche Bereitschaft zur Tariferhöhung zu verschleiern. Hier kam ihnen das zur Schlichtung von Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Kabinett und der Dawesbahn bestehende Reichsbahngericht zu Hilfe. Das Müller-Kabinett hat damals bei ihrem die Tariferhöhung ablehnenden Beschluß ausdrücklich auf die Entscheidung des Reichsbahngerichts verwiesen. Daraus war zu ersehen, daß sich das Kabinett einem entsprechenden Beschluß dieses Reichsbahngerichts auf Tariferhöhung fügen werde. Das Müller-Kabinett wollte nichts anderes als eine Entlastung von der Verantwortung für diesen nunmehr beschlossenen Raubzug der Dawesbahn.

Das Reichsbahngericht hat sich nun der Forderung der Dawesbahn angeschlossen und sich für eine

**Erhöhung der Eisenbahntarife von 250 Millionen**

ausgesprochen. Diese Entscheidung bedeutet eine volle Anerkennung der Forderung der Reichsbahndirektion, die, wie das Berliner Tageblatt vom Sonntag mitteilt, in ihrer bekannten Denkschrift eine Erhöhung der Tarife im Gesamtbetrage von 52 Millionen gefordert hat. Der Beschluß des Reichsbahngerichts muß vor allem aber deswegen als ein neuer frecher Raubzug angesprochen werden, weil — selbst das Berliner Tageblatt kommt auf Grund vergleichenden Zahlenmaterials zu dem Schluß — die Einnahmen der Reichsbahn gegenüber dem Vorjahre fortgesetzt gestiegen sind und die Ausgaben weit hinter den Einnahmen zurückbleiben. Das Berliner Tageblatt stellt fest, daß nach diesem Beschluß eine

**Gütertariferhöhung von durchschnittlich 11 Prozent**

eintreten wird. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Verteuerung der Frachten sich in einer allgemeinen Preissteigerung auswirken muß und damit eine weitere **Senkung des Realeinkommens der breiten Massen** verbunden ist. Die

**Erhöhung der Personentarife wird etwa 35 Millionen betragen**

und wird vor allem die 4. Klasse treffen, die bereits heute schon 90 Prozent der Eisenbahneinnahmen aus dem Personenverkehr erbringt. Die Tarife für die 1. und 2. Klasse werden dafür entsprechend gesenkt.

So nimmt eine Regierung unter sozialdemokratischer Führung die Interessen des Volkes gegen die Kapitalsmagnaten wahr. Die Preise für die notwendigsten Lebensmittel, für Obst und Gemüse in der Zeit der Ernte, also des größten Ueberflusses an ihnen, für Schweinefleisch, für Kleidung und Wäsche haben, seit Hermann Müller regiert, sich ununterbrochen nach oben bewegt. Der Preiswucher der Kartelle, der Großhändler und jetzt auch der Dawesbahn blüht. Nichts tun die sozialdemokratischen Minister gegen die Wucherpraktiken des Monopolkapitals, das sie an die Kette zu legen versprochen haben. Sie dienen ihm untertänigst in allen seinen Teilen und in allen seinen Gelüsten; vom Kriegsschiffbau über die Tariferhöhung bis zur Duldung des Wuchers mit Schweinefleisch und Obst. Dazu sorgt der sozialdemokratische Arbeitsminister Wissell einmal durch seine Verbindlicherklärungen dafür, daß die Textilarbeiterinnen mit der 54-Stunden-Woche bedacht werden, und daß durch die Ablehnung der Verbindlichkeit das andere Mal dafür die Bekleidungsarbeiterinnen keine höheren Löhne bekommen, weil sie für die Unternehmer „untragbar" seien.

Schändlicher sind nie die Interessen der Arbeiterschaft mit Füßen getreten worden als durch die Regierung der Großen Koalition. Die Bewilligung des Panzerkreuzerbaues ist kein zufälliges Mißverständnis von ein paar sozialdemokratischen Ministern. Sie ist die notwendige Aeußerung der Koalitionspolitik genau so wie die Nichtverhinderung des Preiswuchers der Dawesbahn und der Duldung des Kartellwuchers.

Das Volksbegehren und der Volksentscheid gegen den Panzerkreuzer sollen die werktätigen Massen zum Kampf gegen den kriegsrüstenden und ausbeutenden Imperialismus zusammenschließen. Die Millionen, die unter dem Preiswucher des Monopolkapitals zusammenbrechen, treten daher für das Volksbegehren und für den Volksentscheid ein.

## Woher stammen die 41 Mill. zum Panzerkreuzerbau?

**Berlin**, 27. August. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Welt am Montag erfährt von besonderer Seite: „In der kritischen Kabinettssitzung vom 10. August stellte der Reichswehrminister Groener aus dem Etat des letzten Jahres **einen Rest von 41 Millionen Mark zur Verfügung.** Weitere Etatmittel für den Panzerkreuzerbau sollten nicht angefordert werden. Mit diesen aus dem Wehretat „gesparten" Millionen" sollte die Erregung der Oeffentlichkeit gedämpft werden.

**Mit diesen 41 Millionen stimmt etwas nicht.** Im Etatgesetz für 1928 wurde im § 8 eine Bestimmung durchgesetzt, wonach der Reichsfinanzminister gewisse Ausgaben nicht vornehmen braucht, damit die Restausgaben nur dann verwirtschaftet werden, wenn eine zwingende Notwendigkeit vorliegt. Von dieser Ermächtigung hat der Reichsfinanzminister Dr. Köhler bereits im Frühjahr Gebrauch gemacht und große Streichungen vorgenommen, **darunter auch 41 Millionen aus den Resten des Heeres und der Marine,** die zur Ausbalancierung des Etats verwandt wurden. Es gab dieserhalb nicht unerhebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen Köhler und dem Reichswehrministerium.

**Wie kann das Wehrministerium 41 Millionen Mark, die ihm bereits vor vier Monaten abgesetzt wurden, über die es also gar nicht mehr verfügt, zum zweiten Male jetzt zur Verfügung stellen?** Woher stammen die „ersparten" 41 Millionen für den Panzerkreuzer?"

## Die Volkszeitung bestätigt!

**Die Freitaler Sozialdemokraten in Nöten**

Die Volkszeitung versuchte bekanntlich den von uns veröffentlichten Bericht über die Freitaler Funktionärversammlung der SPD und die Ausführungen der Frau Toni Sender über die Geheimrüstungen Groeners abzuleugnen. Am Sonnabend läßt sich das Blatt aus Berlin melden, daß Severing in der **letzten Sitzung der Sozialdemokratischen Fraktion niemals** solche Ausführungen gemacht habe.

Wir stellen demgegenüber fest, daß wir in unserem Bericht nicht von der letzten Fraktionssitzung der SPD, sondern von der Sitzung des Parteiausschusses gesprochen haben. Daß Severing diese von Frau Toni Sender wiedergegebenen Ausführungen in dieser Sitzung gemacht hat, wagt die Volkszeitung nicht zu bestreiten. Ihre Meldung ist in der Tat nur ein plumper Versuch der Ablenkung.

Inzwischen passiert aber der Dresdner Volkszeitung noch ein weiteres Unglück. Ihr Freitaler Ableger bringt am Sonnabend eine Notiz in der die Volkszeitung sich selbst der Lüge straft. Die Volkszeitung für Freital schreibt u. a.:

**„Wir stellen fest, daß der Bericht von einem Mitglied der KPD, einem Arbeiterstenographen, in der Versammlung aufgenommen worden ist. Er hat mit uns das Lokal verlassen und dem Redakteur Schneider diese fetten Brocken in die Wohnung getragen."**

Mit dieser Notiz wird also die Richtigkeit des Berichts des angeblichen „Arbeiterstenographen" vollauf bestätigt. Selbstverständlich muß es nun ein Mitglied der KPD gewesen sein. Verfluchte Kerle, diese Kommunisten! Trotz einer so ausgezeichneten Saalkontrolle unter der Leitung des Freitaler Funktionärs Köhler gelingt es, einen Stenographen in die Versammlung zu bugsieren. Daß sich jetzt die Freitaler SPD in großen Nöten befindet, das ist uns verständlich. Natürlich ist auch diese Meldung von dem kommunistischen Arbeiterstenographen eine Halluzination, die in den Köpfen der hilflosen und bestürzten SPD-Größen in Freital spukt. Wer uns diesen ausgezeichneten, in seiner Richtigkeit von der Dresdner Volkszeitung bestätigten Bericht geliefert hat, das mag die Dresdner Volkszeitung unsere Anlegegenheit sein lassen. Wir können ihr nur das eine verraten: Die Geschichte mit dem „kommunistischen Arbeiterstenographen" geht gründlich daneben. Im übrigen empfehlen wir, die Saalkontrolle bei der nächsten Versammlung noch schärfer durchzuführen, um alle verdächtigen Elemente von vornherein abzuhalten. Viel Glück!

## Der Panzerkreuzerkurs geht weiter

Während die Dresdner Volkszeitung am Sonnabend ihren Lesern vorzuschwindeln versucht, daß der begonnene Panzerkreuzer eingeschrotet werde und die Minister keine zweite Rate bewilligen werden, schreibt der Vorwärts vom Sonntag einen Artikel, in dem er verkündet, daß der Panzerkreuzerbau fortgesetzt werde.

Die Ursachen der Krise in der SPD bestehen darin, daß die SPD keine klare Stellung zum Wehrprogramm habe. Der Vorwärts verlangt nun selbstverständlich nicht, daß die Rüstungspolitik umgestellt werde, sondern daß die SPD sich ein Wehrprogramm schaffe. Wir werden morgen näher darauf eingehen. Wir sind aber neugierig, was die Volkszeitung jetzt sagen wird.

## Eine verkrachte Kundgebung

**Die Massen gehen nicht mit den Panzerkreuzersozialisten.**

Der Hauptausschuß des ADGB und das Ortskartell des Afa-Bundes veranstalteten am Sonntag in allen Gartenlokalen in Treptow ein Gewerkschaftsfest. Die reformistischen Gewerkschaftsführer hatten im Gegensatz zum vergangenen Jahre abgelehnt, das Gewerkschaftsfest mit einer wuchtigen Demonstration gegen die Offensive des Kapitals zu verbinden. Sie wollten verhindern, daß die Demonstration wieder zu einer Kundgebung des revolutionären Proletariats wurde. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition und die Kommunistische Partei versuchten, auch diesem Fest noch einen revolutionären Inhalt zu geben. Auf den Straßen, vor den Lokalen unterhielten sich große Arbeitertrupps. Es waren erregte Diskussionen über den Panzerkreuzerbau und den Volksentscheid. Besonderes Aufsehen erregte ein Plakat mit der Inschrift: „Für Kinderspeisung — gegen Panzerkreuzer — für Volksentscheid!" Auf dem Wasser sah man Paddelboote, die die Inschrift trugen: „Gegen die Panzerkreuzerregierung — für den Volksentscheid!"

Bei den Eisenbahnern wurde von der Opposition die Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen gefordert. Besonders aktiv war der Kommunistische Jugendverband. Geschlossen zog er nach dem Lokal Abtei, und im Sprechchor machte er Propaganda für den Volksentscheid, gegen die Panzerkreuzerregierung. Ein Jugendlicher rezitierte das Gedicht „Panzerkreuzer" von Berta Lask. In den Lokalen waren neben den roten Fahnen mit dem Sowjetstern auch die Banner der SPD befestigt. Im alten Eierhäuschen, wo die Holzarbeiter sich versammelt hatten, wollte Genosse Bolze eine Fahne mit Hammer und Sichel befestigen, als der Gewerkschaftsangestellte Lehmann sich mit einem Messer auf ihn stürzte, um die Schnur, mit der die Fahne befestigt war, abzuschneiden. Ein anderer Gewerkschaftsangestellter stieß den Genossen Bolze mit der Fahne vor den Bauch. Darauf entstand eine große Diskussion, an der sich in provozierender Redensarten die Gewerkschaftsangestellten hervortaten.

## Wuchtige Rot-Front-Kundgebung in Holland

**Arnheim**, 27. August. (Eigene Drahtmeldung.)

Die gemeinsamen Anstrengungen der deutschen, holländischen und belgischen Regierungen konnten nicht verhindern, daß sich die Arbeiter aus diesen drei Ländern am Sonntag in Arnheim zu einer eindrucksvollen, internationalen Antikriegsdemonstration zusammenfanden. Gegen Mittag setzte sich ein großer Demonstrationszug mit zahlreichen roten Fahnen und Transparenten zum Sportplatz in Bewegung, wo eine Kundgebung stattfand. Es sprachen Genossen aus Holland, Belgien, Frankreich und England. Der Vertreter der holländischen Kolonie Indonesien berichtete über die Kolonialgreuel der holländischen Regierung. Er wurde mit nicht endenwollendem Beifall empfangen. Dann wurde spontan die „Internationale" angestimmt. Für das ZK der KPD sprach Genosse Rädel, für den RFB Genosse Willi Leow, dem die holländischen Genossen eine Fahne übergaben. Der Vertreter des EKKJ der Kommunistischen Jugendinternationale rief zum Kampf gegen imperialistische Kriege und gegen die Kriegsgefahr auf. An der Kundgebung beteiligten sich über **5000 Menschen,** darunter **etwa 600 deutsche Genossen.** Im Auftrag des sozialdemokratischen Regierungspräsidenten Bergemann waren die Düsseldorfer Kriminalbeamten erschienen, um sich zu überzeugen, ob seine Paßsperre Erfolg gehabt hatte. In dem deutschen Grenzort Elten versammelten sich **etwa 500 deutsche Genossen, denen der Grenzübertritt verweigert wurde, obwohl sie im Besitz von Pässen waren.** Von Elten bis Zevenar waren fünf Postenketten aufgestellt, um die gefürchtete rote Invasion aufzuhalten. **Es kam zu einer Reihe von Zwischenfällen infolge des provokatorischen Verhaltens der holländischen Grenzbeamten.**

SLUB
Wir führen Wissen.